

Ressort: Politik

Bundesregierung entscheidet über Fracking-Gesetze

Berlin, 07.09.2014, 09:15 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will schon in den kommenden Wochen die Fracking-Gesetzgebung ändern. Bei den entscheidenden Verhandlungen gehe es um Änderungen des Wasserhaushalts- und Bundesnaturschutzgesetzes und der Grundwasserverordnung, berichtet das Nachrichtenmagazin "Focus".

Beteiligt an den Beratungen sind die Fachbeamten des Umwelt-, des Wirtschafts- und des Forschungsministeriums. Offenbar befürchten insbesondere Experten des Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel (SPD), die Gesetze könnten so weit gehen, dass selbst eine weitere Erforschung des Frackings in Deutschland quasi verboten wäre. Dabei habe die Erschließung heimischer Rohstoffe, so heißt es aus Gabriels Ministerium, für Deutschland eine enorme Bedeutung. Fracking, die "unkonventionelle" Förderung von Erdgas aus Schiefergestein, gilt insbesondere der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) als "hochgefährliche" Technologie, die das Trinkwasser bedrohe. In den vergangenen Tagen äußerten Fachleute deutliche Kritik an dieser Sichtweise.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-40551/bundesregierung-entscheidet-ueber-fracking-gesetze.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619